

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 48.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 26. Februar.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für den Monat

### März

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenau, Halsbrüde, Gangneuersdorf und Wetzenborn zum Preise von 75 Pfennigen angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

## Die Woche.

Während wir vor acht Tagen an dieser Stelle die politische Situation als eine eminent friedliche bezeichnen konnten, ist es einem einzigen Manne gelungen, innerhalb der vergangenen Woche das Kriegsgespinnst des Pan-Slavismus am europäischen Himmel hervorzuzaubern. Man könnte den abgelaufenen Zeitabschnitt füglich die Skobleff-Woche nennen, wenn der russische Grobian es verdiente, ihm so viel Ehre anzuhun; denn überall bildete er den Gegenstand des Tagesgesprächs. Und beginnt auch das Interesse an der Episode sich zu verflüchtigen, so gehört sie dennoch in den Rahmen dieser Wochenübersicht. Von vornherein müssen wir aber betonen, daß die von vielen ängstlichen Gemüthern jetzt ventilirte Frage: „Krieg oder Frieden?“ uns höchst überflüssig erscheint. Mindestens lautet die Antwort bestimmt: „Frieden“. So lange Rußland isolirt bleibt und es mit den beiden größten Militärmächten Mitteleuropas zugleich aufzunehmen hat, wird selbst der rabiateste Kriegstürmer vor einem Kampfe zurückschrecken, der namentlich in Anbetracht der außerordentlichen Schwächung Rußlands durch den türkischen Krieg für das Reich unzweifelhaft verhängnißvoll werden müßte. Vorläufig ist der Brandredner vom Czar nach Petersburg zitiert und damit tritt die Angelegenheit in ein zweites Stadium. Man wird ruhig die weitere Entwicklung abwarten haben, namentlich auch, ob und welche Schritte der russische General, derartige Äußerungen der Privatpersonen hätten keinen Einfluß auf den Gang der Politik, sind doch allzu lahm, als daß sie irgendwie befriedigend könnten. Skobleff ist aktiver russischer General und seine Regierung also für das, was er spricht, bis zu einem gewissen Grade verantwortlich. Und wenn Skobleff es wagen konnte, sich so provozirend mit der Politik seines Kaisers in Widerspruch zu setzen, so beweist dies nichts Anderes, als daß der Pan-Slavismus bereits über die Regierung und den Kaiser selbst eine gute Dosis Terrorismus ausübt. Alexander fürchtet sich vor der pan-slavistischen Bewegung, oder er wagt nichts dagegen zu thun, weil er in den Slavophilen einen wichtigen Faktor gegen den Nihilismus zu erblicken glaubt. In dieser Ohnmacht des Kaisers liegt die Gefahr der gegenwärtigen Situation. In Deutschland, Oesterreich, England, selbst im republikanischen Frankreich wäre es undenkbar, daß ein aktiver General über den Kopf seiner Regierung hinweg Feindseligkeiten gegen deren Verbündete und Bündnisse mit Rebellen ankündigt. In Rußland ist dies möglich, aber erst im heutigen Rußland, das auch in dieser Beziehung das Gegentheil von dem Rußland des Kaisers Nikolaus darstellt. Interessant ist es übrigens, was neuerdings über die Auffassung der Sachlage in Berlin geurtheilt wird. Man schreibt darüber der „Köln. Ztg.“: „Skobleffs Äußerung, der Krieg zwischen den Deutschen und den Russen sei sehr nahe, wird von unsern Militärs und von unsern Politikern für eine Aufschneiderei gehalten. So weit sind wir noch nicht und die Russen sind in andern Sinne noch viel weniger so weit. Wir glauben aber gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß der deutsche Reichskanzler schon seit lange das Treiben der Pan-Slavisten, von dem die Skobleffschen Reden nur der Ausfluß sind, keineswegs auf die leichte Achsel nimmt, vielmehr darin eine ernste Gefahr für den Weltfrieden erblickt. Unsere beste Hoffnung ist unser starkes Heer, und die Russen mahnen uns ja unausgesetzt, unser Pulver trocken zu halten. Zu Anfang dieses Jahres hat bei unserm Generalstab eine angefertigte, Tag und Nacht fortgesetzte Thätigkeit geherrscht. Bei den großen Summen,

welche der deutsche Reichstag für die Behrhaftigkeit des Reiches der Regierung zur Verfügung stellt, ist es erfreulich, daß wir in die Umficht und die Thätigkeit unserer militärischen Oberleitung das größte Vertrauen setzen können. Fürst Bismarck soll übrigens entschlossen sein, auf die Provokation des russischen Brandredners nicht anzubeißen, da er der Ueberzeugung lebt, daß damit gerade den pan-slavistischen Hebern in Petersburg und anderswo am besten gedient wäre. Auch dürfte die Intimität der beiden Monarchen von Deutschland und Rußland durch diesen Zwischenfall keine Trübung erfahren haben; wenn es wahr ist, was man hierüber meldet, hätte zwischen den beiden Kaisern ein interessanter Briefwechsel stattgefunden, aus dem diese Integrität der persönlichen Beziehungen erhellt. Der Czar haben an Kaiser Wilhelm unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Skobleffschen Ansprache ein in herzlichstem Tone gehaltenes Handschreiben gerichtet, worin er seine treue Freundschaft versichert, Skobleffs Ausfälle gegen Deutschland verurtheilt und erklärt, den General zur Verantwortung ziehen zu wollen; darauf habe Kaiser Wilhelm ebenso herzlich geantwortet, aber auch ernste politische Betrachtungen über Skobleffs Verhalten angeknüpft.

Aus den vorwöchentlichen Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses ist ein Antrag der Abg. Richter und Büchtemann von allgemeinerem Interesse, welcher die Zuwendung von Inseraten für Zeitungen seitens der Eisenbahn-Behörden und das Petitionsrecht der Eisenbahnbeamten betrifft. Im Laufe der Debatte zogen die Antragsteller den ursprünglichen Antrag zurück und formulirten hieraus zwei besondere Anträge, von denen der eine will, daß die Eisenbahnbehörden bei Zuwendung von Inseraten u. s. w. für die Zeitungen nicht die politische Parteirichtung, sondern lediglich die Zweckmäßigkeit der Verbreitung derselben in Betracht ziehen sollen; der andere Antrag fordert auch für die Beamten der Eisenbahnverwaltungen in Preußen unverkürztes Petitionsrecht. Der erwähnte Antrag wurde nach längerer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 135 Stimmen angenommen, dagegen der zweite Antrag abgelehnt. — Von sehr großem Interesse dürfte es sein, wenn sich die Nachricht bestätigte, daß in Abwesenheit des deutschen Reichstages das preussische Abgeordnetenhause anlässlich des Etats des auswärtigen Ministeriums die Episode „Skobleff“ zur Sprache bringen wird. Durch eine Äußerung des Fürsten Bismarck hierüber dürfte die ganze vielbesprochene Angelegenheit in das richtige Licht gestellt werden. — In Osnabrück traf das päpstliche Breve über die Ernennung des Generalvikars Dr. Höting zum Bischof von Osnabrück ein. Herr Dr. Höting war bekanntlich auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1880 unter Erlass des Cides als Bisthumsverweser zugelassen worden.

Die österreichischen Truppen machen auf dem südslavischen Insurrektionsgebiete nur langsame Fortschritte, was sich hauptsächlich aus den Terrainschwierigkeiten erklärt. Zwei feste Punkte, Misano und Ledence, sind jedoch mit bewaffneter Hand genommen worden. Doch dürfte es noch geraume Zeit dauern, ehe die Regierung dort Herr der Situation wird. Dies ergibt sich aus einem Armeebefehl des Oberkommandirenden, Feldmarschall-Lieutenant Jovanovic, welcher u. A. wörtlich sagt:

Die Ausdehnung, die der Aufstand gewonnen und der geringe Truppenstand zwingen uns zunächst, Verstärkungen und auch die gänzlichste Jahreszeit zu erwarten, bevor wir an die energische Niederwerfung der Gegner schreiten. Bis dahin haben alle Truppen an den ihnen zugewiesenen Positionen auf das zäheste auszuharren, dieselben im Falle des Angriffs energisch zu behaupten, sich aber in sonstige Unternehmungen nicht einzulassen, jene ausgenommen, welche notwendig sind, um die erforderlichen Approvisionirungen durchzuführen und die Verbindung aufrecht zu erhalten. Solche Unternehmen müssen jederzeit mit ganz ausreichender Kraft geführt werden, damit der Erfolg gewiß sei. Ich wiederhole daher ausdrücklich, daß überall, wo Entsendungen stattfinden müssen, dieselben mit ausreichender, Erfolg verbürgender Kraft geschehen. Das Injurirten-Kleiderwesen der Truppen und Patrouillen in herumgelenkten Landestheilen darf durchaus nicht stattfinden.

Das „Wiener Tageblatt“ schreibt: Wir erhalten ernste Nachrichten aus Nord-Dalmatien. Diese Nachrichten, die wir nicht in ihrer Vollständigkeit weitergeben, lassen sich dahin zusammenfassen: Man ist seit einiger Zeit bereits auf der Spur, daß omladinistisch-pan-slavistische Komitees in Nord- und Mittel-Dalmatien eine agitatorische Thätigkeit und zwar unter Beihilfe russischer Agenten ent-

halten. Die erste Anzeige darüber kam von dem bosnischen Gendarmerie-Kommando in Livno. Die sofort von den Bezirkshauptmannschaften Rain und Sebenico eingeleiteten Nachforschungen führten auf die Existenz von vierzehn solcher Komitees, von denen acht in Nord- und sechs in Mittel- und Süd-Dalmatien ihren Sitz haben. An der Spitze derselben stehen durchwegs griechisch-orthodoxe Geistliche, von welchen drei bereits aufgehoben und unter Schloß und Riegel gebracht wurden.

Seit dem Antritt des neuen Ministeriums in Frankreich sind dort alle politischen Angelegenheiten im ruhigen und friedlichen Geleise gegangen. Nun ist aber Gambetta von seiner italienischen Reise wieder nach Paris zurückgekehrt. So lange er abwesend war, beobachtete seine Presse eine wohlwollende Haltung für das Cabinet Freycinet. Sie spielte den Wolf im Schafskleide nach und nach fängt man aber mit Verdächtigungen an. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie die Jesuiten wieder in's Land ziehen wolle. So unsinnig diese Behauptung einem Unterrichtsminister Ferry gegenüber ist, so beweist sie doch, daß der Intrigenkampf begonnen hat. Die Regierungsorgane erklären energisch, daß alle Behauptungen von der bevorstehenden Rückkehr der Kongreganisten nach Frankreich vollständig unbegründet seien und daß die Regierung gegen die nicht autorisirten geistlichen Vereinigungen nach wie vor nach dem Wortlaute des Ausweisungsbekretes verfahren werde.

Im englischen Unterhause spielte sich wieder einmal die Bradlaugh-Affaire ab. Eine Resolution hatte diesem Atheisten unterzogen, den Eid zu leisten, weil er erklärte, daß die Anrufung Gottes in der Eidesformel für ihn keine Bedeutung habe. Er leistete den Eid dennoch schriftlich. Die Folgen blieben nicht aus; er wurde aus dem Hause verwiesen und eine Neuwahl in seinem Wahlkreise angeordnet. Jedemfalls wird er wiedergewählt. Dann geht die Geschichte von Neuem los. Das Unterhaus befindet sich dabei in einer Lage, die hart an Komik streift. — Die geflohenen Zustände in Irland dauern leider ungeschwächt fort und die englische Regierung kann dieser Thatsache gegenüber die Augen nicht länger verschließen. Der Staatssekretär für Irland, Mr. Forster, hat sich in den letzten Tagen in Begleitung des irischen General-Prokurators (Erster Staatsanwalt für Irland) nach Dublin begeben, denn die Gewaltthätigkeiten auf der „grünen Insel“ sind beinahe noch schlimmer, als vor Erlass des Landgesetzes. Mehrere katholische irische Bischöfe haben sich darum veranlaßt gesehen, in ihren Fastenhirtenbriefen auf den traurigen Zustand des Landes hinzuweisen.

Die türkische Regierung soll im Prinzip beschlossen haben, nicht bloß die mohamedanische, sondern auch die christliche Bevölkerung zum Heeresdienste heranzuziehen. Man meldet aus Konstantinopel, daß verschiedene amtliche Regierungsblätter in den Provinzen eine übereinstimmende Bekanntmachung über die Heranziehung sämtlicher Bewohner des Reiches zum Militärdienste veröffentlicht. Es heißt darin, daß die allgemeine Wehrpflicht mittelst eines Erlasses des Sultans sanktionirt wurde, die Durchführung derselben sei jedoch nicht sofort möglich, weil positive Daten zur entsprechenden Modifikation des Militärgesetzes noch fehlen. Das heißt, man will erst eine allgemeine Volkszählung vornehmen, um auf Grund derselben den Präsenzstand zu fixiren. Nachdem dies erfolgt ist, soll die Wehrpflicht zur Ausführung gebracht werden. Wenn man in Erwägung zieht, daß der Kriegsdienst bisher als ein unantastbares Vorrecht der Gläubigen betrachtet wurde, so wird man die Tragweite dieser Neuerung verstehen. Dieselbe wird ohne Frage nicht bloß zur Verbesserung der Wehrfähigkeit der Türkei, sondern auch zu einer Milderung der zwischen den Muhamedanern und Christen bestehenden Gegensätze führen. Ob sich die Ersteren jedoch ohne Widerstand dieser Neuerung, die sie eines wichtigen Privilegiums beraubt, fügen werden, bleibt allerdings zweifelhaft.

Hinsichtlich der ägyptischen Frage versichert man, daß auf Initiative Oesterreichs die Mächte eine Antwort auf die identischen Noten der Westmächte vorberathen, worin jedes Recht der speziellen Intervention einer einzigen Macht prinzipiell bestritten werden solle. Es wird nun allseitig bestätigt, daß die drei Vorbehalte von der türkischen Nicht-Intervention in Ägypten, der westmächtl. Finanzkontrolle und der Suezkanal-Schiffahrt sich in den identischen Rundschreiben der Westmächte nicht vorfinden.

Genelleton in der Beilage.